

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an  
Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.  
Postkasskonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Die Eroberer. — Ein Jahr Weltkrieg. — Kriegszusammenhänge der Arbeiterinnen. — Die Lage der Kriegsfamilien in Schlesien. — Heimatbund und Gewerkschaften in Sachsen. — Die freien Gewerkschaften in Deutschland während des Krieges (II). — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Berichte aus Sachreisen. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen.

## Die Eroberer.

Noch hat Deutschland nicht den endgültigen Sieg über seine zahlreichen Feinde davongetragen, doch seit langem schon sprechen sich in Deutschland einflussreiche Kreise über ein größeres Deutschland aus, als ob es schon ganz sicher wäre, daß Deutschland wirklich noch größer werden kann. Dabei wird auch gänzlich außer acht gelassen, ob denn eine Vergrößerung des Deutschen Reiches wirklich im Interesse des deutschen Volkes läge. Wir haben schon in früheren Nummern darauf hingewiesen, wie sehr Deutschland nach dem Deutsch-Französischen Kriege unter der Annexion von Elsaß-Lothringen litt und wie sehr dieses selber darunter litt. Wir knüpften daran die Befürchtung, daß nach Annexionen, die nach dem gegenwärtigen Kriege durch Deutschland bewirkt werden könnten, dieselbe wirtschaftliche Schädigung breiter Massen des Volkes eintreten könnte, weil sie zunächst unter der wirtschaftlichen Konkurrenz der Bewohner der annektierten Landesteile leiden müßten. Aber auch für diese selbst befürchteten wir eine Schädigung von ihrer Abtrennung von ihrem bisherigen Zollgebiete. Aus politischen Gründen mögen vielleicht Annexionen wünschbar erscheinen, aus wirtschaftlichen sind sie es sicher nicht. Wie dem aber auch immer sei, keinesfalls ist es ratsam, Annexionen während des Krieges als das Wort zu reden, weil dadurch der Widerstand der Feinde nur gehoben werden kann, was doch die Kriegsdauer nur verlängern könnte. Daß das aber nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt und seinen Wünschen nicht entspricht, ist ebenso sicher, wie es sicher ist, daß es seinen Verteidigungskrieg siegreich beenden will. Für weitergehende Pläne zeigt aber das Volk bekanntlich kein Interesse. Auch deshalb halten wir es für gewagt, von Annexionen zu sprechen; denn wenn das Volk merkt, daß sein Verteidigungskrieg sich zu einem Eroberungskrieg wandeln soll, wird seine Kampfeslust gelähmt und seine Verteidigung dadurch beeinträchtigt. Hat doch auch die Regierung stets nur von Sicherung der Grenzen und Garantien des Friedens nach dem Kriege gesprochen, niemals aber gesagt, daß sie dabei an Landenerwerb denke.

Doch nicht nur von Annexionen bzw. Eroberungen fremder Gebiete und deren Bewohner wird gesprochen, sondern auch das deutsche Volk soll „erobert“ werden — nicht von dem bekannten Länderverteilungshindikat des Vierverbundes, das ja seinen sauberen Plan schon aufgegeben zu haben scheint —, sondern durch eine Anzahl deutscher Volksgenossen, die die Massen des Volkes, die jetzt Deutschlands Grenzen mit ihrem Blute sichern, als willkommene Objekte für ihre von unerfährlicher Habgier diktierten dunklen Pläne ansehen. Es handelt sich dabei um nichts weniger als um die Forderungen:

- a) Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle;
- b) Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel;
- c) Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten.

Die Wirkung solcher Maßnahmen würde sein, daß den Arbeitern zu den sie schon schwer bedrückenden Kriegssopfern an Gut und Blut auch noch Friedensopfer in Form von teurerem Brot auferlegt würden. Nach dem teureren Kriegsbrot auch noch teureres Friedensbrot! Vielleicht, weil man sich schon an das teure Brot gewöhnt habe. Die Erhöhung landwirtschaftlicher Zölle soll doch nicht etwa vor dem Brotgetreide Halt machen, denn hier würde sie ja gerade dem Produzententum am meisten nützen; sie würde dem Arbeiter aber in jedem Fall schaden.

Wenn die Meistbegünstigungsklausel eine Einschränkung erfährt, so würde das für Hunderttausende auch, wenn auch nur indirekt, ein Höherhängen des Brotkorbes bedeuten.

Wie es der Name sagt, verallgemeinert die Meistbegünstigungsklausel die Herabsetzung des autonomen Zolltarifes in Vertragstarifen. Rußland, Rumänien, die Vereinigten Staaten sollen aber nicht mehr zu so niedrigen Zollsätzen einführen wie Oesterreich-Ungarn. Sie sollen entweder höheren Zoll zahlen oder seine Herabsetzung erkaufen. Und wenn sie sie nicht erkaufen? Dann muß der deutsche Arbeiter die höheren Getreidezölle und im Gleich die höheren Futtermittelzölle zahlen. Der Bismarcksche Trost, das Rußland müsse die Zölle zahlen, wird nur noch selten nachgefragt. Denn Deutschland braucht ausländische Lebensmittel und Futtermittel, muß sie zum Weltmarktpreis kaufen und kann bei dem — besonders in den ersten Friedensjahren —

sicherlich relativ geringen Angebot auf dem Weltgetreidemarkt die Last des Zolles nicht auf die Verkäufer überwälzen.

Die nicht gerade im Dienste der Hochschützöllnerie stehenden Blätter haben denn auch den Plan der Hochschützöllner verdientermaßen gebrandmarkt und seine notwendigen Folgen, die er, wenn verwirklicht, zeitigen müßte, treffend geschildert. So fragt z. B. der „Vorwärts“, ob sich die anderen, die Franzosen, Russen und Engländer de- und wehmütig mit dem Triumph der deutschen Hochschützöllner abfinden oder durch starke Zollerhöhungen ein Paroli bieten würden. Am Ende seien auch die Vereinigten Staaten noch da, die sich nicht leicht eine Differenzierung zugunsten Oesterreichs, zu ihren eigenen Ungunsten gefallen lassen würden. Und er legt dar: „Die Vereinigten Staaten haben einen Höchsttarif, daneben einen Minimaltarif, der nur bedingungsweise in Kraft tritt. Die wichtigste Bedingung ist aber: daß die Zölle zuungunsten der Vereinigten Staaten nicht differenziert werden.“

Nach dem hochschützöllnerischen Plane winkten uns, wie er auseinanderlegt, recht „freundliche“ Ausichten: Höhere Zölle für Fertigwaren in Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten; neue Zölle in dem freihändlerischen Großbritannien, das bisher dem deutschen Gewerbesiege einen offenen Markt geboten hat; höhere Lebensmittelpreise in Deutschland infolge direkter Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle oder Erweiterung der Geltung des hohen autonomen Tarifs. Seit der Geltung des neuen Zolltarifs ist der Anteil der weiterverarbeitenden Industrie, in deren Produkten am meisten menschliche Arbeit steckt, am Gesamtexport gesunken! Wie soll es in Zukunft werden, wenn sich der Absatzmarkt verengt und die Gestehungskosten infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise und Löhne wachsen? Und zum Trost nicht einmal ein erleichteter Warenverkehr mit Oesterreich-Ungarn, dessen gegenwärtige Zölle gegen Deutschland nur nicht erhöht werden sollen!

Ja, das wären die Folgen der Verwirklichung des Planes, hinter welchem der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Bund der Landwirte, die christlichen Bauernvereine, der Deutsche Bauernbund und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband steht und vielleicht auch noch einige Leute in weit linksstehenden Parteien. Die Gefahr ist also gar nicht zu unterschätzen, besonders nicht für unsere Textilindustrie, die unter den Zollmaßnahmen des Auslands, besonders der Vereinigten Staaten von Amerika, in den letzten Jahren schon genug zu leiden hatte. Schon infolge der Kriegswirkungen an sich dürfte sie nur schwer ihre amerikanischen Absatzgebiete behaupten können. Wenn man Amerika aber erneut Anlaß gibt, vor unseren Waren seine Zollschranken zu erhöhen, so wird es gewiß nicht zaudern, dies zu tun, und unserer Textilindustrie würde dann die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse über den Atlantischen Ozean von neuem erschwert werden. Zu den durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle verteuerten Lebensmitteln würde dann noch die durch Arbeitslosigkeit erzeugte Not treten. Das wären dann für uns die Früchte eines für uns siegreichen Krieges. Nein, dafür schlagen sich unsere Kollegen nicht schon mehr denn ein Jahr lang mit einer Welt von Feinden herum, wobei schon an der halbtatsachen Mitglieder unserer Verbände allein ihr Leben lassen mußten; sie wollen, was sie haben, verteidigen dem äußeren Feinde gegenüber, sie werden es aber auch dem inneren Feinde gegenüber tun. Wie doch die Rollen durch den Krieg vertauscht wurden. Der „innere Feind“ gegen den inneren Feind in neuer Gestalt, diesmal aber ein wirklicher, kein fiktiver Feind! Die Arbeiter werden sich weder von dem äußeren, noch von dem inneren Feinde erobert und schröpfen lassen. Sie werden dem Appell des Herrn v. Gerlach, der in seiner „Welt am Montag“ den dunklen Plan aufgedeckt hat, im weitesten Maße Folge leisten:

„... Es darf nicht geduldet werden, daß die Regierung nur die Stimmen der einen Seite hört. Sonst könnte sie in Irrtum über die Volksstimmung versetzt werden. Sache der gewaltigen Organisationen der Konsumenten ist es, sich zu rühren. Wenn dem Reichsamt des Innern die Vertrauenswünsche von Schwerindustrie und Landwirtschaft übermittelt werden, so sollen ihm die entgegengesetzten Forderungen der Arbeitergewerkschaften, der Angestelltenverbände, der Beamtenvereinigungen nicht vorenthalten bleiben. So sollen die gleichfalls bedrohten Kreise des Handels und der Veredelungsindustrie aus ihrer Zurückhaltung heraustreten.“

**Burgfrieden ist proklamiert. Aber der Burgfrieden darf nicht dazu mißbraucht werden, daß eine Minderheit des Volkes in aller Stille Vorbereitungen trifft, der großen Mehrheit des Volkes unerträgliche Lasten aufzuerlegen...**

## Ein Jahr Weltkrieg!

Unter dieser Spitzmarke schrieb Prof. Dr. G. Francke in der „Soz. Praxis“ (Nr. 44) einen Artikel, in dem er in schwingvollen Worten das Selbentum des deutschen Volkes, wie es sich in dem verflochtenen Kriegsjahr gezeigt hat, feiert. Unser aller Schicksal, jedes einzelnen Glück und Unglück sei

unlösbar an das eine geknüpft: Deutschland wird siegen! Dazu müsse helfen zu Haus, wenn es nicht beschieden sei (manche, denen es beschieden ist, sind aber beschieden genug, anderen die Landesverteidigung zu überlassen. R. d. T.), Waffen zu tragen. Bei jedem neuen Feinde, den Haß und Meid gegen das deutsche Volk und seine Verbündeten bewaffneten, bei jeder wilden Woge der Verleumdung und Schmähung, bei jedem Verrat falscher Freunde und jeder „neutralen“ Unterstützung unserer Gegner bitten wir die Zähne fester zusammen, halten sich unsere Fäuste kräftiger: „Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen.“

Doch man wolle sich auch der Tatsache nicht verschließen, daß diese gewaltige Zeit in ihrer strahlenden Größe edelster Volkstugenden auch dunkle Schatten werfe. Damit sei nicht mancher Fehlgrieff, manches Zusätz und mancher Irrtum der Organisierung unseres inneren Lebens gemeint; so berechtigt scharfe Kritik im einzelnen sei, die Besserung bezwecke, so wenig sie sie in einem Rückblick angebracht, der freudig sagen könne: Wir sind trotz all der großen Schwierigkeiten gut durchgekommen! „Und die politischen Quertreibereien, die die Einigkeit und Entschlossenheit unseres Volkes wollen, werden den Siegeswillen der Nation nicht schwächen können; da, wo sie sich zeigen, werden sie, so hoffen wir, an dem geraden Sinn der ungeheuren Mehrheit scheitern. Wenn Stürme wehen, wird alles dürre Laub aufgewirbelt. Aber auch Staub und Schmutz. Sie fallen schwer auf die Opferbereitschaft weitest Volksbüchsen: Alles sind sie zu tragen bereit, was die harte Notwendigkeit des Krieges erfordert; aber Empörung muß sie erfüllen, wenn sie sehen, wie Profitgier, Preiswucher, listige Anschläge die Not des Daseins verschärfen, wie dies, Gott sei geklagt, jetzt so viel geschieht. Hier muß mit eisernem Wesen ausgefegt werden, soll nicht die innere Gefahr riesengroß aufwachen.“

Je schärfer solche Schädlinge ausgeilgt werden, um so reiner wird sich die Läuterung unseres Volkes vollziehen. Bismarck soll einmal gesagt haben: „Der Krieg ist wie ein Gesundbrunnen — wer ihn nicht verträgt, den bringt er um, wer ihn aber verträgt, den macht er gesund!“ ... Jetzt können wir ruhig und vertrauensvoll in das zweite Kriegsjahr hineingehen und jeder Möglichkeit mutig ins Auge sehen. Nur einer nicht: dem Lebensmittelwucher! Es genügt nicht, daß wir Vorräte übergenug zum Leben haben, die Massen, und die gehen jetzt hoch bis in den Mittelstand und das Bürgertum hinauf, müssen sie auch kaufen können. Jeder Wucher, der sich an der Not seiner Mitmenschen mäuset, ist Vaterlandsverrat, für den keine Strafe zu streng ist.“

Das letzte wird jedermann im Volke unterschreiben und es entspricht auch ganz unserer zu der Frage wiederholt geäußerten Ansicht. Vielleicht fallen die Worte des Professors Francke an den maßgebenden Stellen mehr ins Gewicht als die in Arbeiterblättern, was man zwar im Interesse des alle Gegensätze ausgleichen sollenden Burgfriedens nicht, im Interesse der Sache des ganzen Volkes aber wünschen muß.

Ebenso ist zu wünschen, daß auch vieles andere, was Prof. Francke wünscht und in Aussicht stellt, sich erfüllen möge, besonders das, was er von der Demokratie und von der Sozialreform erwartet. Er schreibt nämlich in demselben Artikel unter anderem:

„... Von der stärksten Demokratie, die die Welt je gesehen, unserm Volk in Waffen, wollen wir lernen, auch im Frieden wahrhaft demokratisch zu sein: Staat und Volk sind eins! Darum muß das Volk auch sein Geschick mitbestimmen, der deutsche Arbeiter und Angestellte wie der deutsche Bauer und Bürger haben sich vor dem Feinde gleich dem Unternehmer, dem Kaufmann, dem Großgrundbesitzer, dem Beamten im Schutz des Vaterlandes bewährt: im Frieden müssen ihnen die Pforten weit geöffnet werden zur Mitarbeit am Gemeinwohl. Wir werden nicht nur ein hart arbeitendes, sondern auch ein sparsames Volk sein. Für Weichlichkeit und Müßiggang wird kein Raum sein. Es wird schweres Ringen kosten, bis unser öffentlicher Haushalt in Reich, Staat, Gemeinde wieder auf fester, fruchtbarer Grundlage ruht. Wir alle werden gewaltige Lasten zu tragen haben. Aber wir werden sie ohne Murren tragen, wenn wir sehen, daß sie gerecht, nach der Leistungsfähigkeit verteilt, wenn Stadt und Land, Grundbesitz und bewegliches Kapital nach ihrem Können herangezogen, wenn das Arbeitseinkommen und der Massenverbrauch mächtig (für den Massenverbrauch halten wir eine mäßige Besteuerung auch noch für zu hoch. R. d. T.), der mühelose Gewinn und das große Vermögen hoch besteuert werden.“

Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger zur Mitarbeit im Dienste für das Gemeinwohl und die Verpflichtung aller Leistungsfähigen zum Aufbau der Reichsfinanzen sind aber nur die Vorbedingungen einer Sozialreform großen Stils, an die wir herantreten müssen. Das zwingende Gebot wird die Erhaltung und Wehrung der Volkskraft sein. Schlummer als die Wunden, die der Weltkrieg unserem Wirtschaftsleben und Geldwesen schlägt, sind die schweren Verluste, die er uns an Menschenleben bringt. Hunderttausende

haben ihr Leben dem Vaterland geopfert, Hunderttausende kehren geschwächt, verlegt, verstümmelt in die Heimat zurück. Niemand vermag heute zu sagen, wie sich dieser Ausfall blühender Kraft und reifen Geistes zahlenmäßig gestalten wird. Aber das wissen wir alle: **Es ja muß geschaffen werden.** Wir brauchen ihn fast nötiger als das liebe Brot für die Stärkung unserer Wehrkraft, denn wir werden auf lange Jahre hinaus die Hand am Schwertknäufel halten müssen, und für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Unsere Sozialversicherung und unser Arbeiterchutz haben gute Waffen für unsere Siegesgeschichte. Nach dem Frieden wollen wir in diesen Bahnen fortschreiten. Namentlich sollen uns die Mutter, das Kind, die Jugend ein heiliges Gut sein, das wir sorglich hüten wollen: aus ihnen erblüht uns die Volkszahl und die frische Kraft, ohne die wir auf die Dauer nichts vermögen. Den Massen gesunde Wohnung und Siedelung zu schaffen, reichliche Ernährung zu gewähren, sie vor Volksseuchen und Trunksucht zu schützen, die Volksbildung heben, die Schätze des Wissens und der Kunst verbreiten, den Sinn für alles Edle und Schöne stärken — das heißt nicht Opfer bringen, sondern Reichtümer schaffen, die unendlich mehr wert sind als die Anhäufung von Geld und Gut in den Händen von wenigen. Nichts hören wir von unseren Feinden höher preisen als die deutsche Gabe der Organisation, des Zusammenfassens der Einzelkräfte zu einem höheren Ganzen, in dem wieder die Persönlichkeit sich erst voll entfalten kann. Diese Kunst der Organisation soll sich auch auf die Wechselwirkungen von Kapital und Arbeit erstrecken, daß sie sich gegenseitig nicht nur zur höchsten Leistung steigern, sondern auch alle schädlichen Reibungen vermeiden: starke, flug geleitete, sich gegenseitig achtende Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, Einrichtungen für Verhandlung, Einigung, Vertrag, Freiheit der Bewegung im Rahmen des Gesetzes, volle Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag...

## Kriegszusammenkünfte der Arbeiterinnen.

Im Laufe des Sommers wurden in zwei Gauen, dem Gau Gera und dem Gau Schlesien, Arbeiterinnenzusammenkünfte veranstaltet. Die Gauleitungen erfüllten mit diesen Veranstaltungen einen von den Arbeiterinnen geäußerten Wunsch, von der Unterzeichneten ein Referat zu hören. Die Arbeiterinnen wählten selbst das Thema: „Die Textilarbeiterin während der Kriegszeit und ihre Aufgaben im kommenden Frieden.“ Im Gau Gera hatten 9 Filialen, im Gau Liegnitz 7 Filialen solche Zusammenkünfte veranstaltet. Daß mit diesen Veranstaltungen einem Wunsche der Arbeiterinnen Rechnung getragen wurde, bewies der Besuch, der durchgängig ein guter war. In allen Orten wurden eine Anzahl der Kolleginnen vermisst, die sonst stets unter den Versammlungsbefucherinnen zu sehen waren. Ihnen hatte der Krieg, der grausame, unerbittliche, so tiefe Wunden geschlagen, daß sie ihren Schmerz nicht hinausdrücken mochten. Neue Besucher hatten sich eingefunden, die früher fernblieben. Ein Beweis, daß der Krieg mit allen seinen traurigen Folgeerscheinungen, der Unsicherheit der Existenz, der Erschwerung der Lebenshaltung durch die maßlose, wucherische Verteuerung der Lebensmittel weite Schichten der Arbeiterinnen aufgerüttelt hat. In allen Versammlungen wurde der Unmut über die Unzulänglichkeit der Löhne, die für Kriegskriegsartikel gezahlt wurden, laut. Gaben doch in Schlesien die Arbeiterinnen häufig genug in über das Normalmaß hinausgehenden Arbeitszeiten bei angestrengtester Arbeitsleistung Lohnsätze von 5—6 Mk. die Woche gehabt, so schlechtes Material wurde ihnen zu verarbeiten zugemutet. Die Unternehmer, die sehr hohe Preise für Kriegslieferungen erzielten, deren Vermögen durch diese Lieferungen keine Verminderung erfuhr wie die Verdienste der Arbeiterinnen, sperrten sich meistens, wenn es galt, Steuerungszulagen zu gewähren. Es bedurfte überall erst des energischen Eingreifens der Organisation, um den unter der Schwere der Zeit doppelt leidenden Arbeiterinnen einige Zulagen zu erwirken.

Der Unwille über die Mißachtung des Arbeiterschutzes, die übermäßige Ausnutzung der schon in der intensiven Tagesfron überanstrengten Arbeiterinnen durch Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurde ebenfalls laut.

Die Erörterungen der Gefahren, die den Arbeiterinnen für ihre oft nach heißen Kämpfen erst errungenen Löhne und Arbeitsbedingungen drohen durch den schon während des Krieges einkehrenden, und nach dem Kriege mächtig anschwellenden Zustrom neuer weiblicher Arbeitskräfte in die Textilindustrie, wurden von den Kolleginnen voll gewürdigt. Sie erkannten auch, daß sie sich gegen diese Gefahren schützen mußten dadurch, daß sie selbst sich lebhafter innerhalb der Organisation betätigten und emsige Agitationsarbeit betrieben, um Ueberstand und Gleichgültigkeit in den Reihen der Unorganisierten zu bekämpfen. Je mehr Arbeiterinnen die Erkenntnis ihrer Bedeutung für die Organisationsbetätigung gewinnen, um so viel leichter wird sich die Agitationsarbeit für die einzelne Kollegin gestalten.

Diese von den beiden Gauleitungen getroffenen Veranstaltungen haben bewiesen, daß auch in der gegenwärtigen Zeit, deren Druck die Textilarbeiterinnen besonders schwer empfinden, Zusammenkünfte der Arbeiterinnen recht nützlich sein können. Wenn sie auch Augenblickserfolge nicht zeitigen, so bringen sie doch Anregung und wirken ermutigend auf die Teilnehmerinnen.

Die allmählich zur Tatsache werdende Produktions Einschränkung und Stilllegung der Betriebe durch die Baumwollknappheit bringt den Arbeiterinnen mehr Zeit, sich um gewerkschaftliche Dinge zu kümmern. Es würde sich wohl empfehlen, wo immer die örtlichen Verhältnisse es ohne Schwierigkeiten und ohne materielle Opfer den Kolleginnen ermöglichen, zusammenkommen zu können, die Gelegenheit zu geben, den Zusammenhalt untereinander zu pflegen. Wo in den örtlichen Verwaltungen Kolleginnen tätig sind, sollten sie es sich in Gemeinschaft mit den weiblichen Funktionären, Vertrauenspersonen und der Ortsverwaltung ganz besonders angelegen sein lassen, die Arbeiterinnen jetzt zu zwanglosen Besprechungen zusammenzuführen.

Stoff zu solchen Zusammenkünften bietet ja die gegenwärtige Zeit mit ihren sich überstürzenden Ereignissen und

den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen für die Arbeiterinnen in unerschöpflicher Fülle. Es wird auch nicht unter allen Umständen nötig sein, für solche Zusammenkünfte immer Referenten zu haben. Der Zweck würde schon erreicht werden, wenn die Arbeiterinnen untereinander ihre Gedanken austauschen und sich über die wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg über sie gebracht, unterhalten würden. Unser „Textilarbeiter“ bringt in seiner Reichhaltigkeit eine solche Menge von Material, daß nie Verlegenheit entstehen kann, solche Zusammenkünfte ohne große Mittel für alle anregend zu gestalten. Nur lesen sollten die Arbeiterinnen, was für sie geschrieben wird, aus dem Gelesenen lernen und es durch gegenseitigen Gedankenaustausch in sich verarbeiten und festigen. Zeit zum Lesen wird es ja jetzt auch genug geben. Nutzen wir also die nichtgewollte freie Zeit zur Erweiterung unseres Wissens! Denn die Zukunft wird auch die Industriearbeiterin vor andere Aufgaben stellen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit wird nach dem Kriege einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Bei dem starken Andrang weiblicher Arbeitskräfte werden nur die besser vortwärtkommen, deren persönliche Intelligenz sie befähigt, sich einen einträglichen Verdienst zu verschaffen. Das sollten die Arbeiterinnen jetzt immer im Auge haben, daß die Zukunft andere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit stellen wird, und daß sie sich nur behaupten können, wenn sie den größeren Anforderungen auch gewachsen sind. Sich über solche Fragen zu unterhalten, rechtfertigt allein schon solche zwanglosen Zusammenkünfte.

Was wäre aber ihr weiterer Erfolg? Die Arbeiterinnen gewöhnten sich an Veranstaltungen, die von der Organisation getroffen werden. Das käme in Zukunft unserem Versammlungsbefuch zugute. Das Zusammengehörigkeitsgefühl würde in ihnen entwickelt. Sie lernen den Wert der Organisation, deren Wirksamkeit sich ihnen während der ganzen Kriegsdauer offenbart hat, die auch in der durch die Produktionsbeschränkung bestimmten Situation unausgesetzt für ihre Mitglieder wirkt, erkennen und schätzen. Und weiter erwerben sie sich die Fähigkeit, sich mit ihren eigenen Angelegenheiten zu beschäftigen und darüber nachzudenken, was sie selbst tun müssen, um zu besseren Lebensbedingungen zu kommen. Die Arbeiterinnen werden sich allmählich daran gewöhnen müssen, ihre Interessen selbst vertreten zu lernen. Sie müssen ihre Unselbstständigkeit aufgeben und erkennen, daß sie, auf sich selbst angewiesen, sich im Lebenskampf nur behaupten können in der Zusammenfassung aller einzelnen Kräfte zu einem Ganzen, in der Organisation. Deshalb sollte jetzt das Gemeinheitsgefühl überall unter den Arbeiterinnen gepflegt werden. Wo die Kolleginnen nach dieser Richtung hin sich betätigen wollen, werden die Ortsverwaltungen solchen Bestrebungen ihre Unterstützung nie versagen. Martha Hoppe.

## Die Lage der Kriegerfamilien in Schlesien.

Wir werden um Abdruck des Nachfolgenden gebeten: Ein Jahr des furchtbaren Krieges liegt hinter uns; keine Dauer ist leider noch immer nicht abzusehen. Dank unserer tapferen Brüder draußen im Felde sind unsere Grenzen vor den Feinden gesicherter als je zu einer Zeit des Krieges. Unserer militärisch günstigen Lage ist es mit zu danken, daß sich unser Wirtschaftsleben immer mehr befestigt, und im allgemeinen beträchtlich, gut entwickelt hat.

Leider läßt sich daselbe nicht sagen von der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien der Krieger, denen wir so unendlich viel zu danken haben. Bei der geringen Unterstützung und der schrecklichen Verteuerung der Lebensbedürfnisse hat sich deren Lage zum größten Teil immer ungünstiger, teilweise sogar geradezu unhaltbar gestaltet.

Den Frauen unserer Krieger steht im Falle der Bedürftigkeit zunächst die gesetzliche Mindestunterstützung von 12 Mk. und jedem Kinde von 6 Mk. für den ganzen Monat zu. Den Gemeinden, denen die Beschaffung der zur Unterstützung erforderlichen Mittel obliegt, ist es vom Bundesrat und der Staatsregierung zur Pflicht gemacht, im Falle des Bedarfs über die Mindestsätze hinauszugehen und die Unterstützung so zu bemessen, daß sie zu einem angemessenen Lebensunterhalt ausreicht.

Wenn auch anerkannt werden soll, daß einzelne Gemeinden wie: Görlitz, Breslau, Greiffenberg und Kreife wie Sirkberg und Waldenburg ihren Verpflichtungen entsprechen, was sich im vollen Umfange wieder nur von Görlitz sagen läßt, so müssen wir bedauerlicherweise in Schlesien doch wieder die Erfahrung machen, daß die zugunsten breiter Volksschichten von den höchsten Reichs- und Staatsstellen aus erlassenen Verordnungen unbeachtet bleiben, sobald deren Ausführung nicht gesetzlicher Zwang, sondern dem Wohlwollen der Landes- und Gemeindebehörden überlassen ist. Das ist ja auch in diesem Falle von der ausreichenden Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zu sagen.

Um für diese zum wenigsten eine Besserung der außerordentlich geringen Unterstützung zu erlangen, wurde von der Provinzkommission der freien Gewerkschaften schon im November 1914 den Landräten und größeren Gemeinden eine Eingabe unterbreitet, die jedoch, soweit sich übersehen läßt, erfolglos geblieben ist.

Entgegen den Bestimmungen Anweisungen von höherer Stelle, auch selbst entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes, beschränkt sich die Mehrheit der Lieferverbände noch immer gegenüber dem weitaus größten Teil der Familien auf die Gewährung der gesetzlichen Mindestsätze. Mit ihren Anträgen auf erhöhte Unterstützung werden die Kriegerfamilien meistens abgewiesen. Ueber das „ausreichend“ gehen eben die Ansichten sehr weit auseinander, und leider häufig nie zugunsten der Armen. Hierfür nur einige Beispiele:

In Löwenberg brauchte der Magistrat auf einen Antrag der Gewerkschaften, die Unterstützung an die Kriegerfamilien zu erhöhen, sie bekommen aus Mitteln der Stadt einen Unterstützungszuschlag von 5 Mk. monatlich, reichlich vier Monate zu der Feststellung, „daß sich ein Bedürfnis nach höherer Unterstützung in der Tat nicht herausgestellt hat“. Ein Besuch vom 22. Mai an den Herrn Landrat in Reiffe, um höhere Unterstützung an die Kriegerfamilien in Biegenhals, ist bis heute weder beantwortet noch berücksichtigt worden. Der Herr Landrat in Neustadt macht es mit solchen Gesuchen ebenso. In der Stadt Reiffe möchte man am liebsten die Leute, die sich erdreisten, den

Kriegerfrauen bei der Abfassung ihrer schriftlichen Unterstützungsanträge behilflich zu sein, hinter Schloß und Riegel bringen. Und in Schweidnitz lehnt der Herr Landrat jede höhere Unterstützung als die gesetzliche grundsätzlich ab. Wenn dort der Magistrat die Bedürftigkeit schon dann nicht mehr als vorliegend ansieht, wenn die Frau 30 Mk. den Monat verdient, wundert das nicht mehr.

Wie „ausreichend“ demnach für die Kriegerfrauen gefordert ist, geht aus einer Statistik hervor, die von den freien Gewerkschaften Schlesiens im Mai 1915 unter den Familien ihrer eingezogenen Mitglieder aufgenommen wurde. Ausgenommen von ihr sind die beiden Städte Breslau und Görlitz. In Görlitz wird städtischerseits zur Staatsunterstützung ein Zuschuß von durchschnittlich 100 Proz. gezahlt, wovon das in Abzug kommt, was die Woche über 3 Mk. verdient oder von anderer Seite her erworben wird. Damit steht Görlitz an der Spitze aller schlesischen Orte. In Breslau, der Hauptstadt der Provinz mit sehr hohen Wohnungsmieten, hat man sich zu einem Zuschuß von 50 Prozent aufgeschwungen. Kommen die Familien damit nicht aus, so sind sie auf die Wohltätigkeit des „Nationalen Frauendienstes“ angewiesen.

Für das Kind die Hälfte dessen berechnend, was für eine erwachsene Person, stehen der Frau im Durchschnitt ganze 10,44 Mk. den Monat, gleich 34,8 Pf. den Tag und dem Kinde 5,47 Mk. gleich 17,4 Pf., nach Abzug der Wohnungsmiete zum sonstigen Lebensunterhalt zur Verfügung. Da ist alle Unterstützung inbegriffen, die laufend von irgendeiner Seite her, sei es in bar oder Naturalien, gegeben wird. Nur 111 Gemeinden gewähren an 1966 Familien laufend Unterstützungszuschüsse. Wenig verbessert wird dieses Bild durch einmalig gewährte Unterstützungen, die innerhalb der ersten 9 Monate des Krieges von insgesamt durch die Statistik erfaßten 6256 Familien nur an 1966 Familien im durchschnittlichen Werte von 12,87 Mk. für die Familie gewährt wurde; wenn gerechnet wird, daß auf alle eingezogenen Ernährer im Durchschnitt eine Dienstzeit von 6 Monaten kommt, wird im Monat jede Familie mit durchschnittlich 2,14 Mk. unterstützt.

Weder laufenden noch einmaligen Unterstützungszuschuß erhielten, und mithin nur auf die gesetzliche Mindestunterstützung angewiesen waren 2193 Familien, gleich 35 Proz. aller Beteiligten. Diesen verbleibt mithin für den Lebensunterhalt erheblich weniger als der vorstehend für Frau und Kind berechnete Durchschnittssatz.

Auch die Erwerbsarbeit der 1728 Frauen vermag an dem wenig erfreulichen Ergebnis nicht mehr allzubiel zu bessern, zumal vom vielfach recht geringen Verdienst ein erheblicher Teil für die Pflege der Kinder geopfert werden muß. Zum ganzen Wibe paßt auch, daß 1755, gleich 28 Proz., der Familien zusammen 85 832,88 Mk. Schulden machen mußten, um leben zu können. Im übrigen ist das eine Zahl, die sicherlich hinter der Wirklichkeit bleibt, denn wie die Erfahrung lehrt, werden häufig aus falscher Scham die Angaben über solche Dinge verweigert. Daß aber trotzdem 161 Frauen, ohne danach gefragt zu sein, mitteilten, daß sie ihre Ersparnisse von zusammen 21 333 Mk. zugelegt haben, die sie sich doch für unvorhergesehene Notfälle des Lebens abgedarbt hatten, ist kennzeichnend für den Grad der Notlage, in die viele Familien wegen unzureichender Unterstützung geraten sind. Aber selbst die gesetzliche Mindestunterstützung wird noch nicht einmal allen Familien gewährt, so nicht im Regierungsbezirk Breslau in Freyhan 24 Familien, in Weichau 3 Familien und in Vaskowitz 2 Familien.

Im Regierungsbezirk Oppeln in Staubendorf und in Alt-Grottkau je 1 Familie, in Sellenwald 6 Familien und in Buchelsdorf sollen 5 Familien gar nichts erhalten.

Im Regierungsbezirk Liegnitz in Wolkstein 2 Familien, in Reichenau 1 Familie, in Grünberg 4 Familien, in Lowaldau und Heinersdorf je 14 Familien, in Giersdorf, Hohendorf, Deutmannsdorf, Nieder-Langenan und Gr.-Bedern je 1 Familie, in Kunitz 3 Familien, in Agnetendorf 1 Familie, in Raubau 3 Familien, in Raumburg 4 Familien, im Kreise Sprottau in Buchwald 1 Familie, in Dittersdorf, Girbigsdorf, Sprottschdorf und Sprottschwaldau je 2 Familien, in Eckertswaldau und Bauhe je 3 Familien, in Rüpper 4 Familien und in Zeisdorf 6 Familien.

Wenn man sich die Zahlen der Statistik im ganzen betrachtet, wen faßt da nicht der Menschheit ganzer Jammer an! Was soll denn eine Frau mit 2 Kindern mit durchschnittlich 69,6 Pfennige und häufig noch weniger täglich anfangen? Selbst für die Gefangenen hält man höhere Unterhaltungssätze erforderlich. Daß mit einer solchen Unterstützung, wie sie abgesehen von verhältnismäßig wenig Fällen hier in Schlesien im allgemeinen gegeben wird, kein Mensch normalerweise auskommen kann, ist sicherlich keine Streitfrage. Die Folgen können denn auch nicht ausbleiben. Diesen furchtbaren Folgen unzureichender Unterstützung tatkräftig entgegenzuarbeiten, das ist eine dringende Aufgabe des Staates und der Gesellschaft.

Es ist darum eine heilige Pflicht der Nation, zum allgemeinen Wohle des Vaterlandes dafür zu sorgen, daß endlich Not und Elend von allen Kriegerfamilien durch ausreichende Unterstützung ferngehalten werden. Nach den bisherigen Erfahrungen darf die Sorge dafür aber nicht dem Wohlwollen unserer Provinz-, Kreis- und Gemeindebehörden überlassen bleiben, die ausreichende Unterstützung sollte vielmehr durch Gesetzskraft gesichert sein. E. D.

## Heimatdank und Gewerkschaften in Sachsen.

Die Gewerkschaftszentrale Sachsens schreibt: Am 11. Juni wurde in einer vom sächsischen Ministerium für diesen Zweck einberufenen Versammlung die Stiftung Heimatdank gegründet. Eingeladen waren von den freien Gewerkschaften die Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses für Sachsen und der Genosse Otto Uhlig, Sekretär der sozialdemokratischen Partei Sachsens, wenn auch nicht in seiner Eigenschaft als solcher.

Der Gewerkschaftsausschuß hatte auf Grund einer vorhergegangenen Aussprache der Beteiligung und Mitarbeit an der Stiftung und Vereinen Heimatdank in zukünftigem Sinne Ausdruck gegeben. Auch der Genosse Uhlig äußerte sich in gleicher Weise. Alle von uns beteiligten Personen gingen mit dem Bewußtsein aus der Versammlung, daß eine gewisse Ueber-

einstimmung vorhanden sei. Dieser Gedanke wurde gestärkt dadurch, daß die „Dresdner Volkszeitung“ bereits am 7. Juni, als sie die Gründung der Stiftung ankündigte, bemerkte, daß sich die Gewerkschaften daran beteiligen würden.

Die Vertreter der Gewerkschaften sind keineswegs kritisch an die Sache herantreten. Die Satzung selbst, sowie das Wesen der Stiftung birgt Mängel, die keineswegs übersehen worden sind. Die Vertreter in der Versammlung und im Landesauschuss für Kriegshilfe, wo die Satzungen ausgearbeitet worden sind, haben alles getan, um die Satzung nach unserem Sinne zu verbessern. Es muß dabei darauf hingewiesen werden, daß die Stiftung nicht nur von der Arbeiterschaft, auch nicht nur für dieselbe, sondern für alle Kreise der Bevölkerung geschaffen worden ist. Die Folgerungen daraus ergeben sich von selbst.

Für die Gewerkschaften war besonders zu berücksichtigen, daß im Heimatdank Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung neben allgemeiner Kriegsbeschädigtenfürsorge vorgenommen werden soll. Den Gewerkschaften kann nicht gleichgültig sein, wie die Berufsberatung ausgeübt wird oder zu welchem Beruf der Kriegsverletzte übergehen soll, wenn er infolge seiner Verwundung seine frühere Tätigkeit nicht mehr ausüben kann. Von größter Bedeutung ist, wie diese Arbeitsvermittlung vorgenommen wird und zu welchen Arbeitsbedingungen der Kriegsverletzte tätig sein soll. Er soll nicht zum Lohnrücken seiner eigenen Mitarbeiter werden, er soll auch nicht Ausbuchtungsobjekt werden in der Weise, daß die für ihn gezahlte Rente vom Arbeitgeber auf den Lohn angerechnet wird, was leider an manchen Stellen schon geschieht oder geschehen sollte. Die hier kurz angeführten Gründe haben den Gewerkschaftsausschuss veranlaßt, die Beteiligung und Mitarbeit an der Stiftung und den Vereinen Heimatdank zu beschließen und den Gewerkschaftskartellen und Gewerkschaften im Lande das gleiche zu empfehlen. Die Gewerkschaften befinden sich mit ihrem Beschluß auch in vollem Einverständnis mit der Generalkommission, die, nachdem sie eine Satzung erhalten hatte und um Rückänderung gebeten wurde, folgende Antwort erteilte, die wichtig genug ist, um sie den Genossen im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen:

Aus dem uns übermittelten Entwurf einer Satzung, die Stiftung Heimatdank betreffend, entnehmen wir, daß die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, soweit Berufsberatung und Arbeitsvermittlung in Frage kommen, mit der Verwaltung der Stiftung verbunden ist. Die Generalkommission ist im ausdrücklichen Auftrage einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände bei der Reichsregierung dafür eingetreten, daß im ganzen Reich Organisationen ins Leben gerufen werden, die sich mit der Kriegsinvalidenfürsorge, ganz besonders aber mit der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung befassen sollen. Die Reichsregierung hat dann auch die Bundesstaaten aufgefordert, allgemein auf die Schaffung solcher Organisationen hinzuwirken, und die Heranziehung von Vertretern der Gewerkschaften zu diesen Organisationen empfohlen.

In Preußen haben die Stadt- und Provinzialverwaltungen die Gründung von Kommissionen für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in die Hand genommen. Soweit uns bekannt, sind wohl überall Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen worden. Diese Kommissionen sind aber freiwillige Einrichtungen. Jede Kommission arbeitet nach Grundsätzen, die sie selbst festsetzt; ein Zustand, der unserer Ansicht nach durchaus nicht im Interesse der Sache liegt. Wir haben deshalb die Schaffung einer Reichszentralstelle beantragt, die allgemeine Grundsätze für die Tätigkeit der Kriegsinvalidenfürsorge im Reich aufstellen soll. Leider ist die Reichsregierung, trotzdem auch die Budgetkommission in ihrer großen Mehrheit die gleiche Forderung erhoben hat, bisher unserem Wunsche nicht nachgegeben. Unsere Stellung zu der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden Sie ja aus dem in Nr. 19 des „Korrespondenzblattes“ vom 8. Mai d. J. veröffentlichten Artikel: Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, entnommen haben. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften der Aufforderung, Vertreter in die Landesräte und Ortsverbände zu entsenden, unbedingt folgen müssen.

Damit ist die von ihnen gestellte Frage, ob die Gewerkschaften in Sachsen sich am Heimatdank beteiligen sollen, beantwortet. Die Gewerkschaften haben das allergrößte Interesse daran, daß sie überall in den Ortsausschüssen und Kommissionen, die sich mit der Kriegsinvalidenfürsorge beschäftigen, durch Vertreter ihren Einfluß geltend machen können.

Bisher war also die Meinung vorhanden, daß gegen die Beteiligung gewichtige Bedenken nicht bestanden; jedoch es sollte anders kommen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens beschäftigte sich mit der Angelegenheit, und zwar zunächst nicht in ablehnendem Sinne, denn er hatte den Bezirksvorständen vorgeschlagen, den Gemeindevertretern zu empfehlen, die Bewilligung von Mitteln nicht abzulehnen. Auf vom Leipziger Bezirksvorstand dagegen erhobene Bedenken beschloß der Landesvorstand am 19. Juli, also fünf Wochen nach der Gründung der Stiftung, folgende Leitsätze:

Das Reich ist verpflichtet, für die durch den Krieg an Leben und Gesundheit Geschädigten ausreichend Fürsorge zu gewähren. Die sozialdemokratische Partei weist deshalb alle Versuche ab, diese Pflichten durch private Wohltätigkeit dem Reiche abzunehmen. Sie kann nicht billigen, daß Privatwohltätigkeit zum Ersatz herangezogen wird, wo Aufgaben des Staates in Frage kommen.

Eine solche Einrichtung ist der für Sachsen gegründete Heimatdank, der zwar angeblich den Arbeitern dienen soll, sie aber von der Verwaltung ausschaltet und dafür die Kriegervereine staatlich anerkennt.

Den sozialdemokratischen Gemeindevertretern wird deshalb empfohlen, sich dagegen ablehnend zu verhalten, daß Mittel der Gemeinde verwendet werden.

Die sozialdemokratischen Vereine müssen grundsätzlich jede Beteiligung an dem Verein Heimatdank ablehnen.

Führenden Genossen wird empfohlen, vor Unterstützung solcher Einrichtungen Rücksprache mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation Sachsens zu nehmen. Genossen, die Ämter bekleiden, die sie der Organisation verdanken, dürfen sich ohne Zustimmung der Partei auch als Privatleute nicht für derartige Einrichtungen engagieren.

Gegen diese Leitsätze waren die Bezirksvorstände von Chemnitz und Zwickau, jedoch konnte eine weitere Sitzung am

31. Juli infolge ihrer Zusammensetzung die früheren Beschlüsse nicht umstoßen.

Am 3. August ist obige Leitsätze durch den Bezirksvorstand in Leipzig bekräftigt worden.

Daß dieser Beschluß eine große Verwirrung hervorrufen mußte, ist jenenklar. Einmal sind die Gewerkschaftsmitglieder auch Parteigenossen, und an vielen Stellen, ganz besonders in kleineren Orten, haben ein und dieselben Personen Ämter der Partei und Gewerkschaft zu verwalten.

Der Landesvorstand begründet seine Stellungnahme unter anderem damit, daß dem Reiche die Pflichten durch private Wohltätigkeit nicht abgenommen werden dürfen, daß auf die Leistungen des Heimatdank ein Rechtsanspruch nicht besteht und daß die Organisation der Organe zu bürokratisch sei. Die Vertreter der Gewerkschaften stimmen mit dem Landesvorstand darin überein, daß das Reich verpflichtet ist, für die Kriegsverletzten ausreichend zu sorgen. Durch die Gründung der Stiftung Heimatdank, die nach § 1 der Satzung nur ergänzend wirken will, wird dem Reich keineswegs die Verpflichtung abgenommen, die jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Fürsorge zu verbessern, daß die Renten nach dem früheren Einkommen festgesetzt werden. Je mehr das Reich tut, desto weniger bleibt für den Heimatdank übrig. Mit der prinzipiellen Auffassung ist aber den Kriegsverletzten nicht geholfen. Es werden sich auch Dinge entwickeln, die durch Reichsgefeß schwerlich getroffen werden können. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß man des Prinzips wegen freiwillige Spenden und jagungsgemäße Beiträge nicht ablehnen soll. Wie steht es denn jetzt mit der Wohltätigkeit? Sind wir nicht bei den jetzt notwendigen Kriegsursorgemaßnahmen sehr reichlich tätig, vielleicht noch nicht genug, und werden da nicht außerordentlich hohe wohltätige Spenden verbraucht. Gätte da nicht auch gesagt werden müssen „das Reich ist verpflichtet“.

Wie steht es nun mit dem Rechtsanspruch. Gewiß ein schöner Gedanke, den auch wir keineswegs beiseite geschoben wissen wollen. Auch hier nur in der Kriegszeit geblieben, sehen wir, daß selbst auf die sogenannte Reichsunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer durch die Bestimmung „im Falle der Bedürftigkeit“ der Rechtsanspruch nicht voll gegeben ist. Die weiter durch die Städte oder Gemeinden geleisteten Zuschläge oder sonstigen Unterstützungen entbehren jeden Rechtsanspruchs. Sollten wir deshalb ablehnen, mit-zuarbeiten?

Die Organisation der Stiftung wird vom Landesvorstand ebenfalls sehr bemängelt. Die Arbeiter seien ausgeschaltet und es sei eine staatliche Anerkennung der Kriegervereine. Der behördlich-bürokratische Einschlag sei zu stark. An der Auffassung über die Organisation nehmen wir starken Anteil, von einer Ausschaltung der Arbeiter kann jedoch schlechthin nicht gesprochen werden. An einzelnen Orten zeigt sich, daß wir verhältnismäßige Vertretungen bekommen haben. Das schließt jedoch nicht aus, daß von den Gründern der Vereine, was heute ebenfalls schon zu verzeichnen ist, schwere Fehler den Arbeitern gegenüber gemacht werden, wogegen wir uns mit allen Mitteln wehren müssen. Eine staatliche Anerkennung der Kriegervereine ist aus den Satzungen nicht herauszulesen. Daß sie mit einem Vertreter in den Landesrat vorgezogen sind, läßt solche Schlüsse nicht gerechtfertigt erscheinen. Ueber die starke Befestigung der Bürokratie in den Organen haben auch wir schwere Bedenken, den Mitgliedern müßte mehr Recht zugebilligt werden. Es erwächst daraus und aus vielen anderen Dingen gerade für die Arbeitervertreter die Pflicht, die Satzungen zu verbessern. Wir dürfen aber auch selbst nicht bürokratisch werden, wie wir es bei anderen beurteilen. Ein Gipfel der Bürokratie ist jedoch der letzte Satz in den Leitsätzen des Landesvorstandes.

Die Gewerkschaften haben die Beteiligung an der Stiftung und den Vereinen Heimatdank beschlossen in der Ueberzeugung, daß sie im Interesse der kriegsbeschädigten Arbeiter so handeln mußten. Sie treten zurück, wenn der Heimatdank seine Aufgaben nicht so erfüllt, daß die Vorbedingungen für weitere Beteiligung bestehen bleiben.

**In Sachen „Heimatdank“**

haben die Landesinstanzen der Partei nach wiederholter Beratung folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Reich ist verpflichtet, für die durch den Krieg an Leben und Gesundheit Geschädigten zu sorgen. Das schließt Maßnahmen der Einzelstaaten und der Gemeinden, die gleichen Zwecken dienen, nicht aus. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sind danach in der Lage, für Maßnahmen zugunsten solcher Kriegsbeschädigter Mittel zu bewilligen. Die Form der privaten Wohltätigkeit lehnen wir aber ab. Aus diesen und anderen Gründen halten wir die Form der Stiftung „Heimatdank“ nicht für geeignet zur zweckmäßigen Erfüllung der gestellten Aufgabe.“

Die Landesparteileitung empfiehlt aber in Rücksicht auf den teils staatlichen und kommunalen Charakter des Vereins „Heimatdank“ den Gemeindevertretern, die Bewilligung von kommunalen Mitteln für den „Heimatdank“ zurzeit nicht abzulehnen.

Anerkannt wird, daß die Gewerkschaften ein Interesse an der Stiftung infoweit haben, als sie der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung dienen soll und es zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, in der Verwaltung der Stiftung den Bestrebungen entgegenzuwirken, daß Kriegskriepel zur Lohnrückenerei und ähnlichem mißbraucht werden.“

Der Gewerkschaftsausschuss für Sachsen hat sein Einverständnis mit dem Beschlusse erklärt.

**Die freien Gewerkschaften in Deutschland während des Krieges.**

**II.**

Es werden dann Vorschläge zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens geschildert.

Die Arbeitslosigkeit war in den ersten Kriegswochen bekanntlich sehr stark; hatten doch die freien Gewerkschaften Anfang September 370 126 arbeitslose Mitglieder, trotz der Erleichterung, die schon durch die Erntearbeit eingetreten war. Verschiedene Unternehmer verloren den Kopf und schlossen ihre Betriebe. Erteilte Aufträge wurden zurückgezogen und bereits begonnene Arbeiten würden liegen gelassen. Öffentliche Körperschaften erließen Anweisungen, alle nicht unbedingt nötigen Arbeiten einzustellen, da man die Verpflichtung fühlte, zu sparen. Dadurch wurde die Zahl der Arbeitslosen immer

größer. Die Uebernahme von Arbeitslosen durch die Rüstungsindustrien, die Abhilfe schaffen konnten, setzte erst später ein.

Diese industrielle Stodung und Herbeiführung einer großen Arbeitslosigkeit war zweifellos eine große Gefahr, der entgegengetreten werden mußte, sowohl im Interesse der Allgemeinheit wie der Arbeiterschaft im besonderen. Von den Schritten, welche die freien Gewerkschaften in dieser Richtung unternahmen, seien zwei besonders hervorgehoben: das Herantreten an Behörden und öffentliche Körperschaften wegen Weiterführung der begonnenen und Inangriffnahme der bewilligten Arbeiten und das Ersuchen an die Unternehmer, mit den Arbeiterorganisationen zusammen Arbeitsgemeinschaften zu bilden, um gemeinsam belebend auf den Arbeitsmarkt einzuwirken.

In allgemeinen war es nicht schwer, die Behörden zu einer Rücknahme übereilter Schritte zu veranlassen. So hatte der Berliner Magistrat in der ersten Bestürzung eine Verfügung erlassen, daß alle städtischen Bauten einzustellen oder doch aufs äußerste zu beschränken seien; aber schon nach ganz kurzer Zeit kam man durch die von den Gewerkschaften angeregte öffentliche Diskussion zu der Erkenntnis, daß der unternommene Schritt verfehlt war, und man nahm ihn daher zurück. Darüber hinaus wurde von der Generalkommission mit Hilfe der Haushaltungspläne des Reiches und der Einzelstaaten festgestellt, welche Bauten und andere Arbeiten bereits genehmigt waren, um so den betreffenden Gewerkschaften die Möglichkeit zu geben, bei den Behörden auf Ausführung der Arbeiten zu drängen.

Ueber die Absichten, die mit den von den freien Gewerkschaften angeregten und in einer Anzahl Gewerbe eingeführten Arbeitsgemeinschaften verbunden waren, gibt nachstehende Vereinbarung über „Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe“ am besten Auskunft:

„Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baunebenberufe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die daniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitzustellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Landesteile anstreben. Sie wird die Behörden ersuchen, von den Arbeitnehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortszubehörenden Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten; um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.“

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuss, dem fünf Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände und fünf Vorstandsmglieder der beteiligten freien, christlichen und S.-D. Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammenstellung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund eine Million Arbeiter.“

Die freien Gewerkschaften hatten die Absicht, für die gesamten wirtschaftlichen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen solche Arbeitsgemeinschaften herbeizuführen. Die Generalkommission wandte sich deshalb an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit folgendem Schreiben:

„Der Krieg hat unserem Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen. Sofort nach Ausbruch des Krieges wurden zahlreiche gewerbliche und industrielle Betriebe geschlossen und die Angestellten und Arbeiter entlassen. Inzwischen hat ja das Wirtschaftsleben sich wieder wesentlich gebessert. Zahlreiche Betriebe sind wieder geöffnet und die Produktion ist wieder aufgenommen worden. Die Beschäftigungsmöglichkeit ist gestiegen, wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit beweist.“

Diese günstige Entwicklung ist zu einem nicht unerheblichen Teile durch das verständige Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter herbeigeführt worden. In den verschiedenen Gewerben und Industrien haben Unternehmer- und Arbeitervertreter sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigt, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Deffnung der Betriebe und der Aufnahme der Produktion entgegenstanden. Als geradezu vorbildlich dürfte die von den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Baugewerbes und der Baunebenberufe am 13. Oktober d. J. gebildete „Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe“ anzusehen sein. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die daniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben.

Es könnte sicherlich viel mehr zur Hebung des Wirtschaftslebens geleistet werden, wenn allgemein nach dem vom Baugewerbe gegebenen Beispiel verfahren würde. Die wirtschaftliche Rüstung der kriegführenden Staaten ist für den Ausgang des Weltkrieges von ebenso großer Bedeutung als die militärische Rüstung. Es gilt deshalb, das Wirtschaftsleben Deutschlands unter allen Umständen zu sichern und auf eine möglichst gesunde Basis zu stellen.

Geleitet von diesem Bestreben, fragen wir ergebenst an, ob Sie bereit sein würden, auf die Ihnen angeschlossenen Unternehmerorganisationen dahin einzuwirken, daß, soweit es noch nicht geschehen ist, ein Zusammenarbeiten mit den zuständigen Arbeiterorganisationen angestrebt und durchgeführt wird.

Eventuell könnte in einem von Ihnen und uns gemeinsam zu erlassenden Aufruf zu einem Vorgehen in dem von

uns gewünschten Sinne aufgefordert werden. Zur weiteren Begründung unseres Vorschlags sind wir eventuell in einer gemeinsamen Sitzung gern bereit."

Dieses Schreiben ist vom 25. November datiert. Am 16. Dezember antwortete die „Vereinigung“, daß man die Angelegenheit in der nächsten Vorstandssitzung zur Erörterung stellen werde. Als keine weitere Mitteilung einlief, bat die Generalkommission am 17. Februar 1915 um Erledigung des Schreibens vom 25. November. Darauf kam wiederum die Nachricht, man werde die Angelegenheit der nächsten im März stattfindenden Vorstandssitzung vorlegen, es ist aber bis Ende Juni keine weitere Antwort an die Generalkommission gelangt. Diese mußte es nun selbstverständlich unter ihrer Würde halten, nochmals in dieser Angelegenheit an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände heranzutreten.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Ausland.

Schweiz. In Bremgarten (Kanton Aargau) legten infolge Lohnunterschieden die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Seidenwebereien die Arbeit nieder. Der von den Streikenden herbeigerufene Textilarbeitersekretär Nufbaumer von Zürich konnte in den Unterhandlungen mit der Firma Honegger u. Cie. die Forderungen der Streikenden durchsetzen, worauf sie die Arbeit wieder aufnahmen. Bei diesem Anlaß wurde dann eine Sektion des Textilarbeiterverbandes gegründet.

Italien. In acht Webereien, die für die italienische Seeresverwaltung arbeiten, wird gestreikt. Die Zahl der Streikenden soll 45 000 betragen.

Soziales.

Auch die Landkrankenassen haben die Wochenhilfe zu leisten. Der Ehemann der Klägerin ist im August 1914 zum Seeresdienst eingezogen worden. Er war vorher ohne Anspruch auf Barleistung gegen Krankheit bei der Landkrankenasse des Fürstentums Nacheburg in Schönberg versichert. Am 1. Januar 1915 wurde seine Frau entbunden. Die Kasse wies ihren Antrag um Wochenhilfe ab mit der Begründung, die Frau habe keinen Anspruch auf die Barleistungen der Wochenhilfe, weil der Ehemann ohne Anspruch auf Barleistungen versichert gewesen sei. Das Versicherungsamt wies die Kasse zur Zahlung der Wochenhilfe an. Gegen diesen Bescheid wurde das Oberversicherungsamt angerufen. Dieses gab auf Antrag der Frau die Sache an das Reichsversicherungsamt zur grundsätzlichen Entscheidung weiter. Das Reichsversicherungsamt entschied in der Sitzung vom 28. Juni 1915 zunächst dahin, daß die Abgabe der Sache an das Reichsversicherungsamt nach § 1693 der R.V.D. zulässig sei. In der Sache selbst wurde durch Urteil ausgesprochen, daß die Landarbeiterfrau einen Anspruch auf Wochenhilfe habe, obwohl ihr Ehemann nach der Satzung der Landkrankenasse einen Anspruch auf Barleistungen nicht hätte. Die Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 habe ungeachtet des Bestehens solcher Rahmenabkommen offenbar allen Wöchnerinnen, welche die Voraussetzungen des § 1 der Verordnung erfüllen, die in § 3 vorgesehenen Leistungen der Wochenhilfe gewähren wollen. Dies folge aus § 6, wonach es einer Satzungsänderung für die Kassen nicht zu dem Zwecke bedürfe, um die Satzung mit den Bestimmungen der Bekanntmachung in Einklang zu bringen. Diese Entscheidung der höchsten Spruchbehörde in Arbeiterversicherungssachen schafft eine erfreuliche Klarheit in dieser umstrittenen Frage und dürfte recht zahlreichen Landarbeiterfrauen in ähnlicher Lage zugute kommen.

Aus Handel und Industrie.

Die Textilindustrie scheint fast überall gut beschäftigt zu sein. Aus Zürich wird gemeldet, daß die schweizerischen Tuch- und Deckenfabriken fast ausschließlich mit der Herstellung von Militärtuchen beschäftigt sind. Die Wirkwarenfabrikanten des Landes erfreuen sich eines verhältnismäßig befriedigenden Geschäftsganges, ebenso die Seidenfabrikanten. Dagegen hat das Baumwollgewerbe mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch in Norwegen sind einige Wollwarenfabriken mit Militärtuch-Aufträgen versehen, die übrigen erhalten jetzt mehr Aufträge in Stoffen für die Zivilbevölkerung, da die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse fehlt. Durchschnittlich ist die Produktion der Textilfabriken in Norwegen um 25 Proz. geführt. Sehr stark arbeiten die Wollwarenfabriken Italiens für Seereszwecke; die Seidenindustrie, deren Absatz teilweise stockt, hat überdies noch mit steigenden Rohstoffpreisen zu kämpfen. Die Beschäftigung der englischen Textilfabriken darf zurzeit als regelmäßig bezeichnet werden. Die Geschäftslage des schwedischen und dänischen Wollgewerbes hat sich letzten Gebeßert. Dasselbe wird auch aus Spanien gemeldet, während in Portugal die schwierigen Verhältnisse im Textilgewerbe fort-dauern. Die holländischen Textilindustriellen, insbesondere die Hersteller von Wollwaren, sollen über ziemlich gute Aufträge verfügen. — Die deutsche Textilindustrie leidet bekanntlich unter Rohstoffmangel.

Berichte aus Fachreisen.

Elmsborn. (Beigelegte Differenzen in der Mechanischen Weberei.) Im April d. J. gewährte die Betriebsleitung den Arbeitern eine Teuerungszulage von 18 Pf. für jeden angefangenen Arbeitstag. Angeblich freiwillig! Die Arbeiter sind allerdings anderer Auffassung. Sie hatten am Tage vor der Anhängigung der Teuerungszulagen gerade die Vorarbeiten für die Durchführung ihrer Forderung erledigt. Als Gegenleistung für die „freiwillig“ gewährte Zulage verlangte die Betriebsleitung die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden. Als die Verlängerung verweigert wurde, verlangte die Betriebsleitung Ueberstunden. Solche zu leisten, erklärten sich die Arbeiter bereit, wenn abends nicht länger als bis 6 1/2 Uhr gearbeitet würde. 2 1/2 Wochen wurden die Ueberstunden gemäß der von den Arbeitern gewünschten Einschränkung gemacht; da verlangte die Betriebsleitung plötzlich und ohne den Arbeiterauschuss zu befragen Ueberstunden bis abends 6 Uhr. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein. Nun verzichtete die Betriebsleitung überhaupt auf Ueberstunden, entzog aber gleichzeitig die Teuerungszulage. Als nach einiger Zeit die Arbeiter wieder die Teuerungszulage forderten, stellte die Betriebsleitung folgendes in Aussicht: 1. Verheiratete oder verheiratet gewesene Arbeiter, deren Lohn pro Woche

unter 25 Mk. bleibt, erhalten für jeden angefangenen Arbeitstag 30 Pf., aber insgesamt nicht mehr als 25 Mk. pro Woche. 2. Unverheiratete Arbeiter, deren Lohn unter 21 Mk. beträgt, erhalten für jeden angefangenen Arbeitstag 20 Pf., aber insgesamt nicht mehr als 21 Mk. 3. Verheiratete oder verheiratet gewesene Arbeiterinnen, deren Lohn unter 19 Mk. bleibt, erhalten für jeden angefangenen Arbeitstag 20 Pf., insgesamt nicht mehr als 19 Mk. 4. Unverheiratete Arbeiterinnen, deren Lohn unter 15 Mk. bleibt, erhalten für jeden angefangenen Arbeitstag 15 Pf., jedoch nicht mehr als 15 Mk. 5. Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, welche mehr als 3 Kinder unter 14 Jahren zu erhalten haben, erhalten ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe für jeden angefangenen Arbeitstag 15 Pf. extra. Diese Zulagen wurden seit dem 14. Juli gewährt. Nach 5 Wochen, anläßlich der vom Bundesrat ergangenen Verordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit, verlangte die Betriebsleitung, daß, wenn Sonntags nicht gearbeitet wird, die Arbeitszeit an den übrigen Tagen auf 10 Stunden erhöht würde. Eine Betriebsversammlung lehnte dies ab, erklärte sich dagegen bereit, die halbe Stunde als Ueberzeit zu arbeiten. Nun antwortete die Betriebsleitung erneut mit der Entziehung der Teuerungszulage. Im Auftrage der Gauleitung verhandelte nunmehr Kollege Kojur-Münster mit der Betriebsleitung. Die Verhandlung endete mit der Erklärung der Betriebsleitung, die Teuerungszulagen bis auf weiteres weiterzahlen zu wollen. Eine stark besuchte Betriebsversammlung, in der Kollege Kojur Bericht erstattete, erklärte sich mit dem Resultat einverstanden. Öffentlich sind damit die Differenzen endgültig erledigt.

Dresden und Umgebung. Das Bureau ist geöffnet: Dienstags von 7 bis 8 Uhr abends Freitags von 7 bis 9 Uhr abends, Sonnabends von 10 bis 1 Uhr vormittags. Freitags Abrechnen der Unterkassierer, Sonnabends werden nur die Unterstützungen ausgezahlt. Alle Zusendungen an Willh. Klebsch, Riesenbergstraße 6 II rechts (nicht nach Grunauer Str. 21). Die Arbeitsnachweise wird in den angegebenen Bureaustunden erledigt.

Reichenbach i. B. Am Freitag, den 3. September, hielt die Filiale ihre Monatsversammlung ab mit der Tagesordnung: „Weitere Teuerungszulagen und Entschädigung für arbeitslose Tage an die Beschäftigten aller Textilbranchen“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß der verheerende Krieg weitere Opfer aus unserer Filiale gefordert hat, und zwar sind gefallen die Kollegen Albert Kullischer, Max Heber, Paul Rödel, Arno Riedel, Albin Wolf, Otto Barthel und Paul Wolf. Ferner sind verstorben die Kollegen Hermann Morauer und Karl Barth-Cunsdorf, die Kolleginnen Elsa Müller und Emma Schilde, letztere durch Unfall. Die Versammelten ehrten ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Darauf führte der Geschäftsführer Kollege Hausold zu seinem Thema folgendes aus: Die gegenwärtigen Maßnahmen der Regierung betr. Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie bedingten auch Maßnahmen zu weiteren Unterstützungen. „Baumwolle als Nahrung“ sei die Ueberschrift des neuesten „Textilarbeiter“-Leitartikels, welcher in erschöpfender Weise den Tagesordnungspunkt behandle. Unsere Parlamentsvertreter hätten mit Recht den Grundgedanken vertreten, daß die Freiheit der Meere Vorbedingung zum ungehinderten Welthandel und Aus-gleich aller Werte sei. Um das zu erzielen, müßte notgedrungen ausgehalten und eventuell andere Arbeitsgelegenheit in anderer Industrie und anderen Orten benutzt werden. Leider hätte es die Textilarbeiterschaft nicht verstanden, durch Gesamtsorganisation Löhne in gewöhnlicher Zeit zu erkämpfen, die ausreichende Mittel für ihre Existenz und Spargroschen für Katastrophen böten. Die Unternehmer seien besser daran und wollen die amerikanischen Baumwollpflanzer in ihrem Ueberfluß an Baumwolle ersticken lassen. Zu der Arbeitsvermittlung gehörten aber gut funktionierende Arbeitsnachweise, welche, auf paritätischer Grundlage aufgebaut, eine existenzgemäße Bezahlung garantieren. Andererseits läge es aber im Interesse der Arbeitslosen und Nichtvollbeschäftigten, auswärts besser löhnende Beschäftigung anzunehmen, anstatt hier weiter zu darben mangels geregelter städtischer Arbeitslosenfürsorge. In welcher Weise manche Unternehmer die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse zu würdigen wissen, zeige das Gebahren einiger hiesiger Weberei- und Spinnereibesitzer. Auf die Interpellation des Fabrikationsausschusses bei der Firma C. F. Dürr betr. Einhaltung des Wohnlohnstatts für Militärtuche habe der Chef geantwortet, daß er nicht mehr geben könne als — nach langem Verhandeln! — 90 Pf. pro 100 Zahlen à 1000 Meter Schuß Kriegszulage auf den von ihm angewandten Streichgarn-Mindestlohnstarrif von 3,60 Mk. = 4,50 Mk., anstatt auf den zuständigen Mindestlohn von 5,90 Mk. Das bedeutet — trotz der sogenannten Kriegszulage — noch eine wöchentliche Einbuße von 4 bis 5 Mk., an Stelle von Teuerungszulage. Die Firma Schmidt u. Söhne antwortete ihren Spinnereiarbeiterinnen, sie würden lieber die Bude schließen, anstatt noch Teuerungszulage zu geben. Dort hat man die Arbeitererschaft schon ziemlich an das äußerste der Bedürfnislosigkeit gewöhnt, denn Speiseräume und Garderoben gibt es nicht. Die Maschinen müssen in der Mittagspause von den Spinnereiarbeiterinnen in beiden genannten Betrieben gepußt werden. Erst hat man 3 bis 4 Hilfskräfte an je einem Seltaktor verwendet, jetzt müssen dieselbe Arbeit 2 Arbeiterinnen besorgen, für denselben Lohn, ohne Teuerungszulage. Da sei es nun höchste Zeit, daß man an eine städtische Arbeitslosenfürsorge mahne, um bei Arbeitsaussetzungen das Einkommen der Beschäftigten, welche umständelhalber die Stadt nicht verlassen oder andere Arbeit nicht verrichten können, auf ein Existenzminimum zu erhöhen. Die hierfür bewilligten Reichsmittel seien von den Gemeinden je nach ihrem Vermögen bedingungslos zu beziehen zur Ermöglichung notwendiger Unterhaltungen für Arbeitslose sowohl wie auch Angehörige der Kriegsteilnehmer. Für diese letzteren seien die Unterhaltungen ebenfalls furchtbar knapp bemessen, desgleichen in den Nachbargemeinden, welche wahrscheinlich nach dem jächsischen Ministerialerlaß der prozentualen Beihilfen handelten, aber auch der „Taschen zum“-Praxis und der Vorkriegspolitik huldigten. In Reichenbach ist die Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer folgende:

Table with columns: Für, pro Monat, Ge. mende, in Summa monatlich, ansbehalten 1/2 monatlich, macht zusammen pro Woche, dabei kommt auf pro Kopf und Tag. Rows include Frau ohne Kind, mit 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Mutter, Geschwister usw.

Nedner empfiehlt darauf die Wahl einer Kommission, welche Schritte unternehmen soll, die städtische Arbeitslosenunterstützung in geregelte Bahnen zu leiten. Darauf wurde eine sieben-gliedrige Kommission gewählt. Aus den Situationsberichten ging hervor, daß besonders die allgemeinen Bestimmungen betr. Entschädigung auf Schußwarten und Verarbeitung kurzer Ketten, Einhaltung der Pausen ufm. vielfach nicht eingehalten werden, unter der Devise: „Jetzt ist Krieg, seid froh, daß wir Euch noch beschäftigen.“ Zeit zur Einführung tarifmäßiger Lohnbücher habe der Herr Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Albert Dürr, auch jetzt noch nicht.

Wittenberge. (Töblicher Betriebsunfall.) Am Montag, den 6. September, nachmittags zwischen 4 und 4 Uhr, verunglückte der Färbereiarbeiter A. Hoffmann in dem Betriebe der

Firma Vereinigte Märktische Tuchfabriken so schwer, daß er auf der Stelle tot war. Es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, wie sich der Unfall zugetragen hat. Hoffmann war in der Färberei allein beschäftigt, ist wohl dem Getriebe der Maschine zu nahe gekommen und muß von dem Dreibriemen erfasst worden und mit herumgeschleudert worden sein, denn anders läßt sich der Unfall nicht denken. Als seine Mitarbeiter ihn fanden, lag er in einer Ecke, mit zertrümmertem Schädel. Hoffmann ist verheiratet und war achtzehn Jahre bei der Firma beschäftigt.

Briefkasten.

Ein aus dem Felde Zurückgekehrter. Allem Anschein nach wird aber der Bundesrat zustimmen. Sie nehmen freilich an dem von uns gebrauchten Wortchen „wenn“ Anstoß und scheinen zu befürchten, daß die Zustimmung des Bundesrats ausbleiben wird und sagen: „Da ich nun an dem „Wenn“ Anstoß nehme, leider aber in meinem etwas beschränkten Kopfe mich darüber nicht zurechtfinde, erlaube ich mir die Anfrage an die Redaktion zu stellen: Was wird geschehen, wenn die Beschlüsse nicht Gesetz werden? Was wohl hauptsächlich bei dem Jugendlichenparagrafen der Fall sein wird.“ Sie scheinen dabei an die bekannte Bauernregel gedacht zu haben: „Wenn die Henne pickt auf dem Mist, so ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist.“ In unserem Fall ändert sich aber das „Wetter“ bestimmt, wenn der Bundesrat zustimmt. Wenn nicht, dann bleibt es freilich wie es ist. Sollten wir denn aber schreiben, der Bundesrat wird nicht zustimmen? Oder sollten wir überhaupt von Reichstagsbeschlüssen keine Notiz nehmen, denen manche Gewerkschaftsblätter einen umfangreichen Hauptartikel gewidmet haben? Es scheint fast, als wäre Ihnen die vollständige Ignorierung der Reichstagsbeschlüsse lieber gewesen als ihre Erwähnung. Das bringt uns folgerichtig zu der Gegenfrage an Sie: Wünschen Sie etwa, daß das „Wetter“ bleibe wie es ist?

Anonymous. Der von Ihnen als Kohl angesprochene Satz lautet: ... Die deutsche Kriegführung wird durch die Maßnahmen der englischen Regierung erheblich gewinnen. Denn werden durch Mangel an Rohstoff in der Textilindustrie Arbeitskräfte frei, so werden sie jene dienstfähigen Männer ersetzen, die bis jetzt noch zu Hunderttausenden vom Waffen dienst zurückgestellt werden mußten, weil sie zur Herstellung von Gebrauchsgüter für den Krieg unentbehrlich waren. ... Es ist also gesagt worden: wenn in der Textilindustrie Arbeitskräfte frei werden, so werden jene (nämlich die freigewordenen Textilarbeiter) jene dienstfähigen Männer (in anderen Industrien natürlich) in der Arbeit ablösen. Nicht die Textilarbeiter waren also vom Waffendienst befreit, sondern jene Arbeiter der Kriegsindustrien, in denen die Textilarbeiter nun untergebracht werden könnten, wenn die bisherigen Arbeiter jener anderen Industrien zum Waffendienst eingezogen sein würden. — Der „geheilte“ Mann, der „Kohl von sich gibt“, sind Sie also selber. Wenn Sie uns noch nachträglich Ihren Namen nennen, so wollen wir ihn gern in der nächsten Nummer nachtragen, um Ihrem Wunsch nachzukommen. „Textilarbeiter“, Wien. Eure Annahme ist falsch. Eugen Frißsch, der Dichter, den Ihr im Auge habt, ist nicht Gauleiter, sondern Lokalbeamter in Chemnitz. — Der Gauleiter heißt Otto.

Unser Redaktionskollege Kräßig steht seit dem 6. September im Seeresdienst.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 19. September, ist der

38. Wochenbeitrag fällig.

Abwesenänderungen.

Gau 1. Salzgitter. Kollege Fleck eingezogen. V: Frau Pauline Scharf, Bergstraße 228 I.

Gau 4. Mühlheim a. Rh. V: Wilhelm Sattler, Wallstr. 90. K: Josef Wanschura, Holzweider Straße 8 II.

Nordhorn (Grafschaft Bentheim). V und K sind zu streichen. Alle Zuschriften an Wilhelm Vogt, Frensdorf bei Nordhorn, Strengstr. 13.

Gau 7. Weisenburg i. B. K: Johann Bergdolt, Wäschgraben Nr. 636 1/2.

Döffingen-Gunzburg. Der Vorsitzende ist zu streichen.

Gau 10. Oberlungwitz. K: Martha Sahlmann, Hermannstr. 350 C.

Gau 11. Ostrik, Amtshauptmannsch. Zittau. K: Rob. Kittelmann, Bergstraße 194.

Totenliste.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Braunschweig. Gottlieb Neubauer, 33 J. Paul Aurnid, 25 J. Hermann Hejdeck, 29 J. Johann Delinsky, 31 J. Stefan Redzorsky, 24 J. Breslau. Karl Wiecgorek, Seiler. Colmar. Josef Adam, Weber, 37 J. Elberfeld. Paul Busch, Fabrikarbeiter, 22 J. Julius Reben-dorf, Wandwirter, 20 J. Greiz. Walter Diegel, Färbereiarbeiter, 21 J.

Hamburg-Schiffbef. Anton Stadick, Arbeiter, 27 J. Hof. Karl Lauterbach, Weber, 21 J. Johann Plant, Spinner, 37 J. Hofenfein a. G. Hermann Heinrich, Weber, 36 J. Zahnsdorf i. Erzgeb. Willy

Rfüller, Adorf, 28 J. (War lange Jahre Unterkassierer.) Kaffel, Adam Gerlung aus Welsungen, 22 J. August Peter, 38 J. (Weim Heer verun-glückt.)

Krefeld. Josef Struden, Band-weber, 35 J.

Langenbielau. (Berichti-gung.) Der in Nr. 36 als gefallen gemeldete Konrad Fellbaum (nicht L.) ist nicht gefallen, sondern ver-wundet. Richard Buchwald, Weber, 32 J. Friß Walter, Weber, 23 J.

Neudamm. Karl Grimberger, Tuchmacher, 25 J.

Plauen i. B. Rudolf Max Lorenz, Gardinenweber, 26 J. Eduard Langhammer, Tüllweber, 37 J. Willi Schulz, Appreturarb., 25 J. Albin Robert Lerchner, Sticker, 35 J.

Reichenbach i. B. Paul Wolf, Cunsdorf, 30 J. Otto Pastiera, 20 J.

Ronneburg. Walter Eckold, 19 J. Wittgensdorf. Paul Höfel, Sticker, 34 J.

Seulenta. Albin Elle, Wirker.

Gestorbene Mitglieder. Nachen. Lambert Haas, 49 J. Magenübel.

Wohlf. Marie Siebler, 18 J. Volkenhain. Josefine Haas, Weberin, 28 J., Lungen-tuberkulose.

Hainichen. Otto Balz, Weber, 56 J., Drüsenvergiftung. Kirchberg. Edwin Krauß, 39 J. Krefeld. Johann May, Färber, 25 J.

Ostrik. Wenzel Sulup, 32 J., Wasserfucht. Reichenbach i. B. Karl Lauchner, 46 J., Wasserfucht.

Reichenau. Lina Michmann, 39 J., Lungenleiden. Wolfenbüttel. Minna Wonka, 38 J., Entbindungsfolgen.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte. Nachen. Sonntag, 19. Sep-tember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Frankenberger Bier-keller“: Versammlung aller Vertrauensleute und Funktionäre.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 18. September

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit Ö versehenen Artikel Hermann Kräßig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — sämtlich in Berlin.